Protokoll der Sitzung zur Budgetkürzung in der Jugendhilfe
Datum: Dienstag, 19. November 2025, 18:00 Uhr
Ort: Lübeck
Teilnehmende:

- CDU-Fraktion der Lübecker Bürgerschaft
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Lübecker Bürgerschaft
- Verschiedene Träger der Jugendhilfe in Lübeck
- Vorsitzender des Lübecker Jugendrings (Moderation)

---

1. Begrüßung und Einleitung
Der Vorsitzende des Lübecker Jugendrings eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Ziel der Zusammenkunft war der Austausch von Positionen bezüglich der geplanten Kürzungen im Lübecker Haushalt ab 2027. Die Gesprächsatmosphäre verlief in Form und Ton angenehm und konstruktiv.

---

2. Darstellung der geplanten Haushaltskürzungen
Die Fraktionsvertreter der Grünen und der CDU stellten die geplanten Sparmaßnahmen dar:
Konkrete Kürzungsmaßnahmen:

- Das Budget wird auf Basis des Jahres 2026 festgeschrieben
- Für alle Bereiche mit Budgetverträgen gilt: keine Erhöhung für fünf Jahre (2027-2031)
- **Keine Anpassungen** an:
  - Tarifsteigerungen
  - Verbraucherpreisindex
- Dies bedeutet faktisch eine reale Kürzung ab 2027 sowie eine fortlaufende dynamische Kürzung währen des gesamten Budgetzeitraums.

Die Fraktionen betonten die Notwendigkeit der Einsparungen im Lübecker Haushalt.

---

3. Position der Träger der Jugendhilfe
Die Vertreter der Träger machten folgende Punkte deutlich:
Systemische Auswirkungen:

- Die Jugendhilfe funktioniert als zusammenhängendes System
- Kürzungen an einer Stelle können zu unkontrollierten Kostensteigerungen an anderer Stelle führen
- Die Hauptleidtragenden sind Kinder und Jugendliche in verschiedensten Einrichtungen und Lebensbereichen

Herausforderungen für die Träger:

- Die Träger müssen für ihre Zielgruppen und Mitarbeiter eintreten
- Derzeit sind keine konkreten Einsparungsmöglichkeiten erkennbar
- Die Kürzungen werden erhebliche Folgen für die Trägerlandschaft haben

---

4. Zeitplan und Vertragsverhandlungen
Die Träger machten deutlich, dass im Jahr 2026 neue Budgetverträge verhandelt werden müssen und betonten die Notwendigkeit rechtzeitiger Planungssicherheit.
Anforderungen der Träger:

- Umfangreiche Vertragsverhandlungen sind erforderlich
- Planungssicherheit ist notwendig lange vor Beginn des neuen Budgetvertrages
- Besonders betroffen: Arbeitsverträge, langfristige Mietverträge und ähnliche Verpflichtungen

Zeitliche Einschätzung der Träger:

- Bis Sommer 2026 müssen die Eckpunkte der Verträge feststehen
- Es besteht die Befürchtung, dass Verwaltung und Fraktionen in der Lübecker Bürgerschaft möglicherweise kein Einvernehmen herstellen können
- Eine Entscheidung muss spätestens bis zur Haushaltssitzung im September 2026 getroffen werden

Aktuelle Situation:

- Die Verhandlungen müssen praktisch sofort beginnen
- Die Verwaltung hatte am 6. November 2025 noch keine Richtlinien oder Hinweise zum Vorgehen
- Der Zeitplan ist eng und muss unmittelbar in Angriff genommen werden

Position der CDU-Fraktion:

- Die Fraktion wird die Verwaltung auf den engen Zeitplan aufmerksam machen
- Sie wird auf eine zügige Umsetzung drängen

- Zusätzlich bat die CDU-Fraktion die Träger, sich selbst an die Verwaltung zu wenden und die Dringlichkeit deutlich zu machen

---

5. Diskussionsergebnis
Die Fraktionsvertreter äußerten Verständnis für die Position der Träger. Dennoch machten sie deutlich, dass an den geplanten Kürzungen festgehalten wird.

---

6. Ausblick
Die Beteiligten nahmen die jeweiligen Positionen zur Kenntnis. Der konstruktive Dialog soll fortgesetzt werden.

Protokollführung: Pito Bernet, Lübecker Jugendring e.V.
Datum der Protokollerstellung: 21. November 2025